

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Schuldenabbau ist die Grundlage für Wachstum

Kurs der Stabilität darf nicht aufgegeben werden



Volker Kauder

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir blicken in Europa auf zwei wichtige Wahlen zurück. In Frankreich wird der Sozialist François Hollande nun neuer Präsident. In Griechenland haben die Parteien, die für Schuldenabbau stehen, einen starken Dämpfer bekommen.

Der neue französische Präsident Hollande ist im Wahlkampf so verstanden worden, dass er zur Bekämpfung der Euro-Schuldenkrise mehr auf Wachstum setzt als sein Vorgänger Nicolas Sarkozy und auch Nachbesserungen zum Fiskalpakt erreichen will. Viele fragen sich, ob in Europa der Wille zur Bekämpfung der Krise nun nachlässt.

Wir sollten die Situation nicht überbewerten. Zunächst bin ich mir sicher, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel in kurzer Zeit eine gute Arbeitsbeziehung zum neuen Präsidenten aufbauen wird. Unsere beiden Länder sind heute mehr denn je zur Zusammenarbeit in und für Europa gezwungen. Nur ein einiges Europa wird sich künftig in der Welt behaupten. Deutschland und Frankreich werden immer die Basis für diese Einigkeit schaffen müssen.

Die Entwicklung in Griechenland erfüllt mich mit Sorge. Wir können nur hoffen, dass die Besonnenen in dem Land sich durchsetzen werden. Europa hat viel für Griechenland getan. Die Griechen müssen sehen, dass sie nur mit eigener Anstrengung aus der Krise kommen werden. Die Radikalen in dem Land scheinen die Lage noch nicht erkannt zu haben.

Fiskalpakt steht nicht zur Disposition

Fest steht: Nachverhandlungen zum Fiskalpakt, der eine Schuldenbremse für alle Unterzeichnerländer vorsieht, kann es nicht geben. Jede Regierung in Europa muss sich an die Abmachungen der Vorgänger halten. Ansonsten wäre Europa handlungsunfähig. Es wäre aber vor allem in der Sache grundlegend falsch, den Pakt zu korrigieren. Denn er ist die Grundlage dafür, dass die Staatsschuldenkrise in Europa überwunden werden kann. Die Haushalte müssen saniert werden. Nur dann werden die Länder auch wieder in der Lage sein, langfristig an den internationalen Kapitalmärkten günstig Kredite aufzunehmen.

Dass die Haushaltssanierung besser gelingt, wenn ein Land Wachstum verzeichnet, ist richtig. Nur ist es ein Irrglaube, dass schuldenfinanzierte Programme einen nachhaltigen Wachstumseffekt haben. Die betroffenen Länder müssen vielmehr immer wieder ihre Strukturen überprüfen. Sie müssen sich beispielsweise fragen, ob sie jungen Leuten einen leichten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen oder ob ihre Sozialversicherung zeitgemäß ist. Darüber hinaus kann diskutiert werden, wie Mittel der EU besser eingesetzt werden, um Wachstum zu stimulieren. Stabilität und Wachstum sind letztlich nur zwei Seiten einer Medaille.

Volker Kauder

Inhalt

Schuldenabbau ist die Grundlage für Wachstum	1
Das Netz als Chance	2
Merkel: Kein Wachstum auf Pump	3
„Die Menschen wollen aktiv altern“	4
Deutschlands Wachstum – ein Erfolg der Koalition	5
Freiheit für Timoschenko	5
Bachelor-Absolventen haben gute Berufschancen	6
Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln	6
Länger arbeiten und gesund bleiben	7
Für eine transatlantische Freihandelszone	8
Merkel zeigt Verständnis für Sorgen der Filmbranche	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Das Netz als Chance

Politische Kommunikation – schnell und grenzenlos



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Weder haben die Piraten das Internet erfunden noch sind sie seine Meister. Sie haben aber mit dazu beigetragen, dass eine breite politische Debatte über Chancen und Risiken des Netzes in Gang gekommen ist. Wir, die Unionsfraktion, sind entschlossen, diese Debatte konstruktiv und offensiv zu führen. Das Internet ist auf dem besten Weg, zu einer zentralen, vielleicht sogar zur wichtigsten Infrastruktur unserer Gesellschaft zu werden. Für Menschen aller sozialen Schichten bietet es – unabhängig von Wohnort, Alter, Einkommen und Status – die Möglichkeit der sozialen und politischen Teilnahme über alle lokalen, regionalen und nationalen Grenzen hinweg. Die rasante technische Entwicklung des Netzes und seine immer stärkere Nutzung verändern die Bedingungen politischer Kommunikation mit hoher Geschwindigkeit. Dies bietet ungeahnte Möglichkeiten, birgt aber auch große Risiken für diejenigen, die sich auf diese Veränderungen nicht rechtzeitig einstellen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat das früh erkannt: Mit Michael Kretschmer, Peter Tauber, Dorothee

Bär, Jens Köppen, Dagmar Wöhrl, Thomas Jarzombek und Erika Steinbach haben wir Kolleginnen und Kollegen mit hervorragender Netzkompetenz und Netzreputation. Ein großer Teil unserer Abgeordneten ist erfolgreich in sozialen Medien wie Facebook und Twitter aktiv; fast täglich kommen neue hinzu. Auf diese Weise erreichen wir Hunderttausende politisch Interessierter und führen mit ihnen einen breiten Dialog über unsere politischen Vorstellungen in allen Bereichen.

Beteiligung permanent und in Echtzeit

Als Fraktion verfügen wir über sehr gute Mitarbeiter, die dazu beitragen, die Reichweite unserer politischen Kommunikation zu vergrößern. Gerade junge Menschen wachsen heute ganz selbstverständlich mit der Realität des Internets auf und bewegen sich dort ganz ungezwungen. Auch bei vielen Älteren besteht wachsendes Interesse an den neuen Medien und ihren Möglichkeiten. Der Student in Tübingen und die Rentnerin in Mecklenburg-Vorpommern werden sich künftig in Permanenz und in Echtzeit bundesweit an politischen Debatten beteiligen und Einfluss ausüben können. Das bedeutet, dass die Vorbereitung politischer Entscheidungen in Zukunft diskursiv und unter Beteiligung möglichst vieler erfolgen wird. Eine solchermaßen erhöhte Transparenz politischer Prozesse wird zur Regel werden, weshalb die politischen Parteien und ihre Abgeordneten ein Eigeninteresse haben, sich auf diese Veränderungen einzustellen.

Die CDU/CSU-Fraktion wird daran arbeiten, dass netzpolitische Kompetenz auch künftig mit ihr verbunden bleibt.

Merkel: Kein Wachstum auf Pump

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vor dem G-8-Gipfel und dem NATO-Treffen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Industrienationen aufgefordert, stärker denn je daran zu arbeiten, ihre Schuldenberge abzutragen. In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag am Donnerstag nannte die Kanzlerin den Abbau der Staatsverschuldung sowie die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung als wichtige Ziele, die sie auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der acht bedeutendsten Industrieländer ansprechen werde. Am 18. und 19. Mai treffen sich die G-8-Staats- und Regierungschefs auf Einladung von US-Präsident Barack Obama in Camp David.

Merkel unterstrich erneut, dass es kein Wundermittel zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise gebe. Vielmehr sei die Haushaltskonsolidierung ein anstrengender Prozess, der an den Ursachen ansetzen müsse. Dazu gehöre, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten zu verbessern. Sie setze auf „Wachstum durch Strukturreformen“, sagte Merkel. Denn ein „Wachstum auf Pump“ würde Europa an den Anfang der Krise zurückwerfen.

Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder warnte vor „schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen“ in Europa. Der Fiskalpakt, der die 25 Unterzeichnerländer zu mehr Haushaltsdisziplin verpflichte, dürfe nicht „weichgespült“ werden. Kauder bekräftigte seine Forderung, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt gemeinsam im Bundestag beschlossen werden sollen. Der SPD, die die Abstimmung über den Fiskalpakt aufschieben will, warf Kauder Profilierungssucht vor.

Handelshemmnisse abbauen

Zur Ankurbelung des Wachstums riet Merkel der Gruppe der 20, zu der neben den Industrieländern auch die wichtigsten Schwellenländer gehören, Handelshemmnisse abzubauen. Freier Handel und offene Weltmärkte seien die Grundlage für ein tragfähiges



Bundeskanzlerin Angela Merkel während der Regierungserklärung

Foto: Tobias Koch

Wachstum, betonte sie. Die Chefs der G-20-Staaten treffen sich Mitte Juni in Mexiko.

Merkel will im Rahmen der G8 zudem auf stärkere internationale Anstrengungen für den Klimaschutz dringen. Um den Anstieg der Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, müsse deutlich mehr getan werden als bisher, sagte sie. Die Bundesregierung werde auch weiter auf ein neues und verbindliches UN-Klimaschutzabkommen pochen. „Der Weg dorthin ist mühsam, aber er liegt in unser aller Interesse.“

NATO: Garant für Frieden und Freiheit seit 67 Jahren

Unmittelbar im Anschluss an das G-8-Treffen findet in Chicago der NATO-Gipfel statt. Die transatlantische Allianz wird dort über den Abzug der internationalen Kampftruppen aus Afghanistan beraten. Merkel steht zur vereinbarten Übergabe der Sicherheitsverantwortung an afghanische Kräfte, wie sie bekräftigte. Schon heute werde mehr als die Hälfte des Landes von einheimischen Kräften kontrolliert. Bis Ende 2014 sollen sich alle internationalen Kampftruppen zurückgezogen haben. Die Bundesre-

gierung stehe zu dem Motto: „Zusammen hinein, zusammen hinaus.“ Auch nach dem Abzug werde sich Deutschland in Afghanistan engagieren, versprach sie.

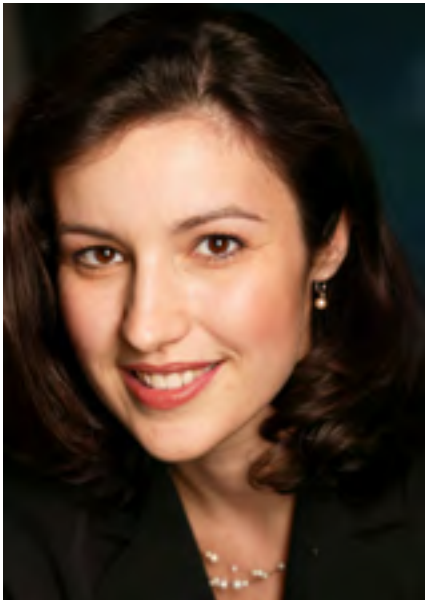
Hoffnung auf Kooperation mit Russland

Eine Chance zur Kooperation mit Russland sieht die Kanzlerin bei der geplanten Raketenabwehr in Europa. Vor zwei Jahren habe die NATO Russland eine Zusammenarbeit angeboten, mit der eine qualitativ neue Stufe im Verhältnis zu Moskau erreicht werden könne. Zum ersten Mal könnten die NATO und Russland echte gemeinsame Verteidigungsanstrengungen übernehmen.

Zwei Tage nach dem 8. Mai, an dem vor 67 Jahren der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, erinnerte Merkel daran, dass Frieden und Freiheit in Europa im Wesentlichen durch die NATO gesichert worden seien. Die Staaten des transatlantischen Verteidigungsbündnisses seien über gemeinsame Werte und Interessen miteinander verbunden. Obwohl sich die Bedrohungen gewandelt hätten, seien Europäer und Amerikaner unverändert aufeinander angewiesen.

„Die Menschen wollen aktiv altern“

Dorothee Bär über die Chancen einer „Gesellschaft des längeren Lebens“ –
Weiterbildung auch in der zweiten Lebenshälfte



Dorothee Bär
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Menschen jenseits der 60 sind die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe in Deutschland. Ältere Menschen sind heute überwiegend fit, gut ausgebildet und aktiv. Der Bundestag debattierte am Freitag den Antrag von CDU/CSU und FDP „Altersbilder positiv fortentwickeln – Potenziale des Alters nutzen“. Über die Chancen und Herausforderungen einer „Gesellschaft des längeren Lebens“ sprach „Fraktion direkt“ mit der familienpolitischen Sprecherin der Unionsfraktion, Dorothee Bär.

Bisher galt: Spätestens mit Beginn der Rente gehört der Mensch zum alten Eisen. Wie können wir dieses Modell aufbrechen?

Bär: Die Menschen wollen heute aktiv altern. Um dem gerecht zu werden, muss sich der Blick auf das Alter ändern. Das noch immer vorherrschende überholte Altersbild ist von Krankheit und Defiziten geprägt. Altersbilder

beeinflussen aber die Sicht der Gesellschaft auf das Altern und die Rolle, die den alten Menschen zugedacht wird. Sie haben nachweislich auch Einfluss darauf, was ältere Menschen sich selbst zutrauen und erreichen wollen. Wer alte Menschen primär als hilfebedürftige Problemgruppe wahrnimmt, verpasst die Chance, ihr Potenzial für die Gesellschaft zu nutzen. Wir wollen Altersbilder den veränderten Realitäten anpassen, bestehende Altersgrenzen überprüfen und klären, ob sie noch zeitgemäß und gerechtfertigt sind.

Erfahrung ist ein Pfund, mit dem ältere Arbeitnehmer wuchern können. Aber reicht das, um mit jungen, nach dem neuesten Stand ausgebildeten Bewerbern auf dem Arbeitsmarkt zu konkurrieren?

Bär: Eine gemischte Belegschaft mit jungen und älteren, mit männlichen und weiblichen Mitarbeitern ist für jedes Unternehmen wichtig. Doch die Erfahrung der Älteren alleine reicht tatsächlich nicht aus, um erfolgreich im Erwerbsleben zu bestehen. Kontinuierliche Weiterbildung auch in der zweiten Lebenshälfte und flankierende Maßnahmen wie eine leistungsgerechte Arbeitsgestaltung und gezielte Maßnahmen zur Motivation älterer Arbeitnehmer sind vonnöten.

Wunschziel: Lebensabend in den eigenen vier Wänden

Jenseits der Arbeitswelt: Wie können wir älteren Menschen das Gefühl geben, gebraucht zu werden?

Bär: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass auch ältere Menschen aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben. Neben der Arbeitswelt gilt dies vor allem beim ehrenamtlichen

Engagement. Mit der Öffnung des neuen Bundesfreiwilligendienstes für ältere Menschen haben wir einen wichtigen Schritt getan. Mit der Weiterführung der Mehrgenerationenhäuser unterstützen wir den Auf- und Ausbau einer Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement. Diese Häuser sind nämlich nicht nur Orte des Miteinanders der Generationen, sondern auch Drehscheibe für ziviles Engagement.

Alter geht nicht automatisch einher mit Krankheit, doch gleichzeitig erreicht nicht jeder das Rentenalter fit und gesund. Welche Vorkehrungen müssen wir hier treffen?

Bär: Gesundheitsförderung und Prävention durch gesunde Ernährung, Bewegung und Sport sind auch für ältere Menschen wichtig. Und für alle, denen es nicht vergönnt ist, gesund und fit alt zu werden, müssen wir Hilfe und Unterstützung dort anbieten, wo sie notwendig ist, um ihnen ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu ermöglichen.

Welche technischen Möglichkeiten können wir nutzen, um Selbstständigkeit im Alter zu gewährleisten?

Bär: Zur höheren Selbstständigkeit im Alter kann die moderne Kommunikationstechnik erheblich beitragen. Das Internet eröffnet nicht nur jungen Menschen den Weg in die weite Welt. Daneben müssen wir alle Maßnahmen ergreifen, um den Wunsch der allermeisten alten Menschen zu erfüllen, den Lebensabend in den eigenen vier Wänden zu verbringen. Dies wird möglich durch den altersgerechten Umbau der Wohnung und zusätzlich durch geeignete Assistenz- und Hausnotrufsysteme.

Deutschlands Wachstum – ein Erfolg der Koalition

Schnelle Erholung nach der Weltwirtschaftskrise

Ihre schnelle wirtschaftliche Erholung nach der Weltwirtschaftskrise hat die Bundesrepublik Deutschland zu wesentlichen Teilen der christlich-liberalen Koalition zu verdanken. Darauf haben Abgeordnete der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP in einer aktuellen Stunde des Bundestags am Donnerstag hingewiesen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs nannte es einen Erfolg der Koalition, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland mit 41,2 Millionen so hoch wie nie zuvor und die Jugendarbeitslosigkeit niedriger als in allen anderen europäischen Staaten sei. Der arbeits- und sozialpolitische Sprecher Karl

Schiewerling ergänzte, dass sich auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen verringert habe: „Die steigende Zahl der Beschäftigten führt auch dazu, dass die Sozialkassen gut gefüllt sind.“

Die Abgeordneten würdigten, dass zu der erfreulichen wirtschaftlichen Situation Deutschlands die Hartz-IV-Reformen der rot-grünen Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder beigetragen haben, die damals mit Unterstützung von Union und FDP im Bundesrat verabschiedet worden waren. „Diese Reformen waren teils schmerzhaft“, sagte Schiewerling, „und Staaten wie Griechenland und Spanien haben diesen Weg noch vor sich“.

An Konsolidierung festhalten

Die Koalitionsabgeordneten bekräftigten ihre Ziele, den Haushalt zu konsolidieren und die Schuldenpolitik einzudämmen. Dabei sollen die Bürger aber nicht, wie von der Opposition gefordert, ständig neuen finanziellen Belastungen ausgesetzt werden. Stattdessen wolle man Familien fördern – etwa mit der Erhöhung des Kindergeldes, die schon zu Beginn der Legislaturperiode beschlossen wurde. Eine „Millionärssteuer“, wie sie derzeit in Frankreich diskutiert und von der hiesigen Linken gefordert werde, sei kontraproduktiv und treibe Leistungsträger ins Ausland.

Die Fraktion informiert

Freiheit für Timoschenko

Ukraine missachtet die Menschenrechte

Julia Timoschenko, die Oppositionsführerin und ehemalige Ministerpräsidentin der Ukraine, ist seit August vergangenen Jahres in Haft. Das strafrechtliche Vorgehen gegen sie und andere Oppositionspolitiker des Landes ist mit unseren europäischen Werten nicht vereinbar. Die im Juni bevorstehende Fußball-Europameisterschaft, die zum Teil in der Ukraine ausgetragen wird, hat ein Schlaglicht auf die Problematik geworfen.

Kritik am Vorgehen der ukrainischen Regierung und der selektiven Rechtsanwendung gegen Julia Timoschenko hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aber nicht erst jetzt erhoben. Schon im Dezember 2011 forderte die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion, Erika Steinbach, die sofortige Freilassung Julia Timoschenkos, die in einem politischen Prozess zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Diese Forderung unterstreicht die Fraktion mit Nachdruck.

CDU und CSU weisen außerdem darauf hin, dass die Ukraine seit 1995 Mitglied des Europarates ist. Daher ist die Regierung in Kiew verpflichtet, Timoschenko und den anderen inhaftierten Oppositionspolitikern ein faires Verfahren zu garantieren. Folter sowie unmenschliche oder erniedrigende Strafe und Behandlung verbietet die Europäische Menschenrechtskonvention.

Aus Protest gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen und politischen Repressionen befand sich Timoschenko zwischenzeitlich in einem Hungerstreik. Seit Monaten leidet die Oppositionsführerin an einem Bandscheibenvorfall. Nun endlich darf ein Arzt der Berliner Charité sie in der Ukraine behandeln.

Grobe Menschenrechtsverletzungen wie das rücksichtslose Vorgehen gegen Oppositionspolitiker in der Uk-

raine dürfen nicht ignoriert werden. Mit der damaligen Entscheidung, der Ukraine den Zuschlag für die Austragung der Fußball-EM zu erteilen, wurden gerade die positiven Entwicklungen nach der „orangenen Revolution“ gewürdigt, in der Timoschenko eine führende Rolle gespielt hatte.



Unterstützung für Timoschenko in Charkiw

Foto: Alexey Furman/dapd

Bachelor-Absolventen haben gute Berufschancen

Bologna-Reform an den deutschen Hochschulen ist ein Erfolg

Der Bologna-Prozess an deutschen Hochschulen kommt gut voran: 85 Prozent des Studienangebots sind auf die Abschlüsse Bachelor und Master umgestellt. Das belegt der Bologna-Bericht, der in dieser Woche im Plenum debattiert wurde. Zentrales Ziel der Reform war es, Studienzeiten zu verkürzen und mit dem Bachelor einen berufsqualifizierenden Abschluss bereits nach sechs Semestern anzubieten.

Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Reform gelungen. Noch nie wollten so viele junge Leute studieren wie heute. Dank Bologna können die deutschen Hochschulen auch die steigende Nachfrage meistern. Der Bericht zeigt außerdem, dass Bachelor-Absolventen selten arbeitslos sind oder unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt werden.

Trend zum Master

Der Trend geht aber eindeutig dahin, sich nach dem Bachelor-Abschluss weiter zum Master zu qualifizieren. Sorgen, dass Master-Studienplätze fehlen könnten, sind indes unbegründet: Neun von zehn Studierenden erhalten einen Studienplatz – sowohl an der Wunschhochschule als auch

im Wunschfach. Die Länder haben errechnet, dass für jeden interessierten Bachelor ein Masterstudienplatz bereitsteht. Der Bachelor wird von der Wirtschaft akzeptiert. Zudem bieten die Hochschulen zunehmend berufsbegleitende Masterstudiengänge an.

Auch in den kommenden Jahren werden die Studienanfängerzahlen steigen, unter anderem durch die doppelten Abiturjahrgänge. Bund und Länder haben mit dem Hochschulpakt 2020 vorgesorgt: Bis 2015 unterstützt der Bund mit fünf Milliarden Euro den Ausbau von rund 335.000 zusätzlichen Studienplätzen. Mit dem Qualitätspakt Lehre wird für zwei Milliarden Euro das Lehrangebot gerade auch für Bachelor und Master sowie die Studienbetreuung verbessert.



Foto: © MAST - Fotolia.com

Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln

Zwischenergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

Die Ressourcen auf unserem Planeten sind – mit Ausnahme von Erdöl – entgegen landläufiger Annahmen keineswegs knapp. Das ist das Ergebnis eines Zwischenberichts der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, den der Bundestag am Freitag diskutierte. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen werden von vielen Staaten für ausgiebiges Wachstum genutzt, mit negativen Folgen für die Umwelt. Deshalb befasst sich der Bericht mit der Frage, wie das Wirtschaftswachstum vom Umwelt- und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden kann.

Nationale Alleingänge wirkungslos

Nach dem Bericht stehen deutlich mehr Ressourcen zur Verfügung als die vereinbarten „Umweltgrenzen“

vorgeben. So ist z. B. das Zwei-Grad-Ziel in der Klimaschutzpolitik als Umweltgrenze zu verstehen. Danach darf global nur noch eine bestimmte Menge an der Ressource Kohlenstoff verbrannt werden, damit die mittlere Erdtemperatur im Vergleich zu den Werten vor der Industrialisierung um nicht mehr als zwei Grad ansteigt. Allerdings halten sich viele Staaten nicht an diese Umweltrestriktionen, denn Kohlenstoff ist ausreichend vorhanden und preisgünstig. Zum Wohle unseres Planeten müssen wir aber den Ressourcenverbrauch weltweit reduzieren. Nationale Alleingänge sind jedoch wirkungslos. Es müssen alle Staaten mitziehen.

Eine kluge Politik, die auf Entkopplung abzielt, kann nur durch eine globale Kooperation aller Staaten gelingen. Wir müssen eine globale Ober-

grenze für den Ressourcenverbrauch verbindlich festlegen. Die Einhaltung dieser Obergrenze muss von robusten Institutionen überwacht und durchgesetzt werden. Es muss uns gleichzeitig gelingen, die Ressourceneffizienz zu erhöhen.



© ferkelraggae - Fotolia.com

Länger arbeiten und gesund bleiben

Kongress der Unionsfraktion mit Betriebs- und Personalräten – Konzepte für die Arbeitswelt von morgen

Der demografische Wandel fordert seinen Tribut: Künftig werden wir alle länger im Arbeitsleben stehen. Deshalb müssen jetzt die Weichen gestellt werden, dass Arbeitnehmer ihre Rente auch in guter gesundheitlicher Verfassung erreichen. Das forderte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder auf einem von der Arbeitnehmergruppe organisierten Kongress mit Betriebs- und Personalräten, der unter dem Motto stand: „Topfit bis ins Alter – Konzepte für die Arbeitswelt von morgen“.

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, verwies auf die Herausforderungen, die sich aus der stetigen Zunahme der Anforderungen und der Verdichtung der Abläufe in der Arbeitswelt ergeben. Neue Präventionskonzepte seien erforderlich, sagte er. Die Arbeitnehmergruppe hat bereits ein Positionspapier „Für eine Humanisierung der Arbeitswelt – Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz stärken“ erarbeitet.

Psychische Erkrankungen haben stark zugenommen

Psychische Erkrankungen haben in den vergangenen 15 Jahren um rund 80 Prozent zugenommen, berichtete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Ralf Brauksiepe. Dabei gebe es bereits heute strenge Arbeitsgesetze, die auch psychische Belastungsfaktoren berücksichtigten. Rana Jurkschat vom Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte kritisierte, dass psychische Belastungen bei der Gefährdungsbeurteilung von Arbeitsplätzen dennoch zu oft außen vor gelassen würden. Überhaupt nur dreißig Prozent der Betriebe bezögen diese ein.

Jurkschat merkte weiter an, dass ältere Beschäftigte nicht weniger leistungsfähig seien als jüngere, wenn man nur die entsprechenden Voraussetzungen für sie schaffe. Die Arbeits-

medizinerin wies auch auf Schnittstellenprobleme zwischen den für den gesundheitlichen Arbeitsschutz verantwortlichen Stellen hin. Staatssekretär Brauksiepe kündigte an, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Dialog zwischen den maßgeblichen Kräften einleiten werde, um die Aktivitäten besser zu koordinieren. Dabei ermutigte er die Betriebs- und Personalräte, sich aktiv einzubringen und die passgenaue Umsetzung der Konzepte in den jeweiligen Betrieben zu befördern.

keiten für ein sanftes Ausgleiten aus dem Erwerbsleben aus. Für das Konzept der Pflegezeit forderte er Erleichterungen bei der Umsetzung.

Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Otto Kentzler, betonte, dass insbesondere kleinere Betriebe die Unterstützung durch die Politik benötigten, wenn sie es ihren Mitarbeitern ermöglichen sollen, bis 67 zu arbeiten. Erforderlich seien insbesondere Lösungen für die Beschäftigung älterer, begrenzt körperlich leistungsfähiger



Peter Weiß beim Kongress

Foto: Steven Rösler

Der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), Joachim Möller, stellte einen Zusammenhang zwischen Qualifikationsniveau und Dauer der Erwerbsfähigkeit her. Wichtig sei es deshalb, auch Beschäftigten kleinerer Betriebe Weiterbildung zu ermöglichen.

„Sanftes Ausgleiten“ aus dem Arbeitsleben

Der Betriebsratsvorsitzende des Chemiekonzerns Clariant, Kai-Uwe Hemmerich, sprach sich für ein stärkeres Recht auf Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer und bessere Möglich-

Mitarbeiter, die die kleinen Betriebe nicht zusätzlich belasten. Die geplante neue Teilrente könne ein solches Instrument sein, sagte Kentzler.

Der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann unterstrich die Bedeutung, die sichere und gerecht bezahlte Arbeit für eine stabile Gesundheit von Beschäftigten hat. Denn Anstrengung und Freude, Strapaze und Stolz lägen eng beieinander. Ihm pflichtete Tabea Burchartz, Vorsitzende einer Jugend- und Auszubildendenvertretung, bei. Sie verwies auf die Problematik, dass gerade die Arbeitsverhältnisse junger Menschen von Kettenbefristungen belastet seien. „Wir produzieren so die Burnouts von morgen“, lautete ihre Warnung.

Für eine transatlantische Freihandelszone

Unionskongress diskutiert Weichenstellungen – Botschafter Murphy erinnert an Meilensteine der Zusammenarbeit

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft konsequent weiterentwickeln. Ziel ist eine transatlantische Freihandelszone. Die nötigen Weichenstellungen zur Verwirklichung dieses Ziels diskutierten auf dem Fraktionskongress „Die Zukunft der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft“ in dieser Woche im Reichstag Vertreter aus Politik und Wirtschaft. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, der außenpolitische Sprecher Philipp Mißfelder und der Abgeordnete Peter Beyer, Mit-Initiator der Veranstaltung, begrüßten die Gäste im komplett gefüllten Fraktionssitzungsaal.



© finecki - Fotolia.com

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Philip Murphy, erinnerte in seiner Rede an Meilensteine in der Geschichte der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen: Im Jahr 1785 unterzeichneten die Vertreter Preußens und der Vereinigten Staaten von Amerika ein Abkommen über Freundschaft und Handel. Auf Betreiben von Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde im Jahre 2007 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft der Transatlantische Wirtschaftsrat „TEC“ geschaffen.

Mit ihrem Beschluss „Die Zukunft der Transatlantischen Wirtschafts-

partnerschaft jetzt gestalten“ und dem Kongress hat die Fraktion klare Signale für mutige Schritte hin zu einer transatlantischen Freihandelszone gesetzt. Denn von einer Freihandelszone von Kalifornien bis zum Baltikum würden starke Wachstumsimpulse ausgehen. Sie würde Europa und seine nordamerikanischen Partner noch enger verbinden.

Signal auf höchster Ebene erwünscht

Die Beseitigung von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen würde – angesichts der Größe der amerikanischen und der europäischen Volkswirtschaften – Wachstumskräfte auf beiden Seiten des Atlantiks freisetzen. Darin waren sich die deutschen und amerikanischen Wirtschaftsvertreter aus so unterschiedlichen Branchen wie Logistik und Filmindustrie, Chemie und Automobilindustrie einig. Die deutsche Automobilindustrie repräsentierte auf dem Kongress VDA-Präsident Matthias Wissmann. Mit nur zehn Prozent der Weltbevölkerung erwirtschaften die USA und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsam mehr als 50 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Im Jahre 2010 lag der Gesamtumsatz beider Wirtschaftsräume bei fünf Billionen US-Dollar.

Die Wirtschaftsvertreter machten aber auch deutlich, dass die Erwartungen nicht überzogen sein sollten – angesichts der Tatsache, dass umfassende Verhandlungen über ein EU-US-Freihandelsabkommen erst langsam in Gang kommen. Dennoch wurde der Wunsch formuliert, dass ein amerikanischer Präsident gemeinsam mit Kanzlerin Merkel möglichst bald ein politisches Signal für die Zukunft der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft setze.



© noel moore - Fotolia.com

Gemeinsame Standards setzen

Klar ist schon heute: Die USA wenden sich ebenso wie die Europäische Union den Wachstumsmärkten vor allem in Asien zu. Friedrich Merz, der Vorsitzende der Atlantik-Brücke, forderte die Europäer auf, daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Das Ziel dabei hat die Unionsfraktion in ihrem Beschluss benannt: Wir wollen eine Weltwirtschaftsordnung, die auf freiem Wettbewerb in freien Märkten beruht. Auf beiden Seiten des Atlantiks besteht hierzu Konsens.

Nach Auffassung der Fraktion kann nur dann sichergestellt werden, dass neue Akteure in den Konsens einbezogen werden, wenn Europa und die USA gemeinsam Standards setzen, an die Drittstaaten sich anschließen können. Deutschland sollte seine Position als führende Volkswirtschaft in Europa dazu verantwortungsvoll nutzen.

Merkel zeigt Verständnis für Sorgen der Filmbranche

Urheberrechtsstreit Thema beim Filmempfang der Fraktion im Reichstag

Im Streit um das Urheberrecht im Internet hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Verständnis für die Sorgen der Filmbranche geäußert. Beim traditionellen Filmempfang der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche im Reichstag sagte Merkel, eine Lösung sei keine leichte Aufgabe und müsse – angesichts der globalen Vernetzung – idealerweise in Abstimmung mit anderen Staaten erfolgen: „Man kann sich zu Hause auf das Schönste einigen, aber es gibt so viele Umgehungsmöglichkeiten, dass wir das nur in einer internationalen Diskussion schaffen“, sagte Merkel. Die Kanzlerin warb dafür, dass Medienproduzenten und -nutzer aufeinander zugehen. Die Politik warnte sie davor, sich „vor den Massen im Internet wegzuducken“. Politiker dürften nicht als Gruftis abgetan werden, die von nichts eine Ahnung haben.

Der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Börnsen, sprach sich „mit Nachdruck“ für den Schutz des geistigen Eigentums aus: „Illegales Downloading und Streaming im Internet gefährden die Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze der Filmwirtschaft und stellen eine Bedrohung für die kulturelle Vielfalt dar“, sagte er am Rande des Filmempfangs. „Die Union steht an der Seite der Filmschaffenden. Ein wirksames Urheberrecht als rechtliche Grundlage ihrer Arbeit



Volker Kauder, Angela Merkel und Iris Berben auf dem Filmempfang

Foto: Tobias Koch

muss erhalten bleiben.“

Iris Berben, Präsidentin der Deutschen Filmakademie, hatte beim Empfang erklärt, dass es bei der Debatte um Filmpiraterie im Kern um die Werte der Gesellschaft gehe. „Der Wert unserer Leistung und der respektvolle und rechtlich korrekte Umgang mit unserer Wertschöpfung dürfen in der Welt des Netzes zu keiner anderen Bewertung führen als in der realen Welt“, sagte die Schauspielerin. In der Deutschen Filmakademie haben sich mehr als 1.400 Filmschaffende – vom Kostümbildner bis zum Drehbuchautor – zusammengeschlossen, um gemeinsam die Interessen ihres Metiers zu vertreten und sich, wie Berben sagte, mit den politischen Rahmenbedingungen für die Branche zu beschäftigen.

Kauder hilft Künstlern

Berben dankte dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

Volker Kauder, dass er sich dafür eingesetzt habe, Künstlern und insbesondere Beschäftigten in der Filmbranche vereinfachte Zugangsbedingungen zum Arbeitslosengeld I zu verschaffen. „Das ist in Zeiten von Euro- und anderen Krisen nicht selbstverständlich“, erklärte Berben. Im Mai soll eine Verlängerung der Beschäftigungsverhältnisse von sechs auf zehn Wochen, die für

die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld berücksichtigt werden können, beschlossen werden. Dadurch wird die Zahl der Filmschaffenden, die Arbeitslosengeld I beziehen können, deutlich erhöht.

Auch den Deutschen Filmförderfonds (DFFF) würdigte Berben als eine gemeinsame Errungenschaft zwischen Politik und Filmbranche. „Seine Fortführung in gleicher oder möglichst höherer Höhe ist für uns wichtig, und wir wissen, dass er keine Selbstverständlichkeit ist“, sagte die Schauspielerin. Der DFFF fördert die Produktion von Kinofilmen in Deutschland jährlich mit 60 Millionen Euro.

Namhafte Gäste beim Filmempfang auf dem Dach des Reichstags waren der Regisseur Volker Schlöndorff, die Produzenten Oliver Berben und Hans Geißendörfer sowie die Schauspieler Barbara Schöne, Olli Dittrich und Elmar Wepper.



Wolfgang Börnsen und Gerda Hasselfeldt

Foto: Tobias Koch



Iris Berben und Volker Kauder

Foto: Tobias Koch

Die Fraktion und ihre Mitglieder



Elke Wisomiersky

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Nach fast 24 Jahren als Personalratsvorsitzende scheidet **Elke Wisomiersky** aus dem Amt. Zum 1. Juni geht Wisomiersky, die seit 1973 bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion arbeitet, in den Ruhestand. In der Fraktion arbeitete sie von 1973 bis 1980 für den Arbeitskreis Sozial- und Gesellschaftspolitik, von 1980 bis 2002 in der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales. 2002 wurde sie für die Dauer ihrer Tätigkeit als Personalratsvorsitzende freigestellt.

„Glücksfall“ für die Fraktion

Bei der Abschiedsfeier in dieser Woche bezeichnete der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder die langjährige Personalratsvorsitzende als „Glücksfall“ für die Fraktion. Die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt wünschte Elke Wisomiersky alles Gute für die Zukunft und erinnerte sie daran, dass es in ihrer Heimatstadt Bonn auch eine Vereinigung der CSU-Freunde gebe.



Zeichnung: Tomicek

Termine (veranstaltungen.cducusu.de)

21. Mai 2012	Fachgespräch Rio +20
11. Juni 2012	Kongress Ländliche Räume
13. Juni 2012	Asien-Kongress
25. Juni 2012	Kongress Gesundheitsprävention

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Weniger Unternehmensinsolvenzen

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen geht weiter zurück. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, meldeten die deutschen Amtsgerichte im Februar diesen Jahres 2.353 Unternehmensinsolvenzen. Das entspricht einem Rückgang von 4,5 Prozent gegenüber Februar 2011. Bereits von September 2010 bis Dezember 2011 waren die Unternehmensinsolvenzen

jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat zurückgegangen. Lediglich im Januar 2012 war ein Anstieg um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat registriert worden.

Anders verhält es sich bei den Verbraucherinsolvenzen: Ihre Zahl lag im Februar 2012 mit 8.172 Fällen um 0,4 Prozent leicht höher als im Februar 2011.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de

Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)